

AUSGABE VOM 22. SEPTEMBER 2023

Nachgefragt: Bund nimmt Stellung zur neuen Bladenhorster Bücke

Die Bladenhorster Brücke wird im Zuge des Ausbaus des Rhein-Herne-Kanals durch einen Neubau ersetzt. Das Wasserstraßen-Neubauamt Datteln (WNA) wird die Baumaßnahme 2024 ausschreiben. CDU-MdB Michael Breilmann hat in Berlin zu den Details nachgefragt. Der Wunsch der Stadt Castrop-Rauxel nach einem Radweg auf der Kreuzungsanlage würde eine Kostenbeteiligung auslösen, die bei vergleichbaren Baumaßnahmen zwischen 30 und 40 % der Gesamtbaumaßnahme beträgt. Eine reine Mehrkostenerstattung, die niedriger ausfallen würde, lasse das Bundeswasserstraßengesetz nicht zu, so das Bundesverkehrsministerium auf die [Frage des CDU-Politikers](#). Bezüglich des Baus einer getrennten Radwegebrücke neben der Bladenhorster Brücke auf Kosten und Initiative der Stadt Castrop-Rauxel stehe das WNA mit der Stadt im Austausch und unterstütze diese im Rahmen der Möglichkeiten.

Union legt Maßnahmenkatalog gegen illegale Zuwanderung vor

Die Zahlen sprengen jedes verkraftbare Maß: 400.000 Asylbewerber werden nach Schätzung der Bundespolizei in diesem Jahr in Deutschland Schutz suchen. Die Ampel-Regierungskoalition bleibt jedoch untätig. Daher hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin einen eigenen [Maßnahmenkatalog](#) vorgelegt, wie die irreguläre Zuwanderung zu stoppen wäre. Um 77 Prozent ist die Zahl der Asylanträge in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Allein in den ersten acht Monaten erreichten über 200.000 Asylbewerber Deutschland. Außerdem leben über eine Million ukrainischer Flüchtlinge in Deutschland, die vor den russischen Angriffen auf ihr Land geflohen sind.



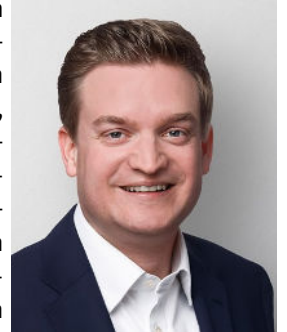
Belastungsgrenze der Kommunen überschritten. „Unser Vorschlag ist ein Maßnahmenbündel zum Stopp der illegalen Migration. Darunter Grenzkontrollen zu Tschechien, Polen und zur Schweiz“, so der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann in Berlin. (Bild: privat)

Sie alle müssen in den Kommunen aufgenommen, versorgt und integriert werden. Die Gemeinden sind allerdings am Limit, es fehlen Wohnungen, Schulen und Kitas. „Es zeichnet sich ab, dass 2023 das fünftstärkste Asylzugangsjahr in der Geschichte der Bundesrepublik wird“, sagt der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann. Der Unions-Innenexperte nennt es einen Skandal, dass die Bundesregierung, allen voran Innenministerin Nancy Faeser, das Problem ignoriert. „Es wird immer offensichtlicher, dass Ministerin Faeser aus Rücksicht auf ihren Wahlkampf in Hessen vor notwendigen Maßnahmen zurückschreckt. So werden die Menschen in unserem Land den Glauben an den Rechtsstaat verlieren“, kritisiert das Innenausschussmitglied. Das Problem spalte allmählich die Gesellschaft, überfordert ihre

Bereitschaft zur Solidarität. Um die Akzeptanz für das Asylsystem zu erhalten, bedarf es nach Auffassung der Union wirksamer Maßnahmen zum Stopp der irregulären Migration. „Mit unserem Antrag stellt die Union erneut unter Beweis, dass sie sich als konstruktive Opposition versteht. Es ist ein Angebot zur Zusammenarbeit an die Koalition – falls das Angebot des Kanzlers ernst gemeint ist, die grundlegenden Probleme des Landes im Rahmen eines Deutschland-Paktes anzugehen. Denn für uns gilt weiterhin: Humanität und Ordnung sind zwei Seiten einer Medaille“, so MdB Breilmann.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

am Mittwoch war Prozessauftakt gegen einen Iraner, der einen islamistisch motivierten Giftgas-Anschlag an Silvester geplant haben soll. Zum Glück



gaben damals vermutlich ausländische Dienste unseren Behörden entscheidende Hinweise, sie griffen in der Nacht zum 8. Januar in Castrop-Rauxel zu. Hätten die Verdächtigen einen anderen Mobilfunkanbieter gehabt, wären sie den Ermittlern eventuell nie ins Netz gegangen. Gut neun Monate später ist immer noch kein Gesetz zur Festlegung der Speicherfristen in Sicht. Dabei haben wir dringenden Handlungsbedarf. Wie bei Ermittlungen wegen Kinderpornographie oder sexuellem Missbrauch schützt der Staat die Falschen, wenn er Spielräume nicht ausschöpft. Das BKA hat ausgerechnet, dass bei einer Speicherfrist von dreißig Tagen neunzig Prozent der derzeit nicht aufgeklärten Fälle von Kinderpornographie aufgeklärt werden können. Das muss unser Antrieb sein. Die Innenministerin wird angesichts von Schönbohm-Affäre und SPD-Hessen-Wahlkampf zum Totalausfall. Kanzler Scholz hat mir bei der Regierungsbefragung am 5. Juli versichert „dass Sie diese Fragen von der Regierung gut beantwortet bekommen werden und dass wirklich mit großem Nachdruck und großem Ernst an der Sache gearbeitet wird.“ Herr Bundeskanzler, die Menschen warten. Den Worten müssen endlich Taten folgen!

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



Schönbohm-Affäre: Faeser im Innenausschuss

Der Bundestag hatte am Mittwoch im Rahmen des Innenausschusses sowie der Regierungsbefragung Gelegenheit, Bundesinnenministerin Nancy Faeser zu den Vorgängen rund um die Versetzung des ehemaligen BSI-Präsidenten Schönbohm zu befragen. „Frau Faeser ist auf Druck der Union im Ausschuss zur Schönbohm-Affäre erschienen. Nur: Sie ist die entscheidenden Antworten schuldig geblieben. Ihr Nichterscheinen in der vorangegangenen Sitzungswoche meint die Ministerin mit einer lapidaren Entschuldigung vom Tisch wischen zu können“, so CDU-MdB Michael Breilmann. „Wir werden nun die Aussagen genau prüfen und auswerten. Es verbleiben Unklarheiten“. Besonders schwer wiege etwa der Widerspruch zwischen ihrer Aussage zu einer erneuten Abfrage beim Verfassungsschutz und dem diesbezüglichen Vermerk eines ihrer engsten Mitarbeiter. Die zeitliche Abfolge lasse kaum einen Zweifel daran, dass sie die Böhmermann-Sendung genutzt habe, um Herrn Schönbohm als BSI-Präsidenten abzusetzen. „Wir behalten uns den Einsatz weiterer parlamentarischer Instrumente der Aufklärung vor“, so das Innenausschussmitglied.

Ermäßigte Umsatzsteuer: Ampel enttäuscht Wirte



Am Donnerstag hat die Ampel den [Unions-Gesetzentwurf](#) zur Beibehaltung der ermäßigten Umsatzsteuer von sieben Prozent für Speisen in der Gastronomie ab dem 31. Dezember 2023 abgelehnt. Die Senkung des Umsatzsteuersatzes für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen mit Ausnahme der Abgabe von Getränken von 19 Prozent auf den ermäßigten Satz von sieben Prozent war zum 1. Juli 2020 vor dem Hintergrund der Coronapandemie eingeführt und mehrfach verlängert worden, zuletzt bis Ende 2023. „Ich habe auch im Interesse der Gastronomie in Recklinghausen, Castrop-Rauxel und Waltrop dafür gestimmt, leider hat die Ampel den Antrag abgelehnt“, so CDU-MdB Michael Breilmann. Damit verpasse die Bundesregierung die Chance, die Wirtinnen und Wirte in diesen schwierigen Zeiten vor weiteren Belastungen zu schützen. Zur Unzeit müssten Gastronomen zum Jahreswechsel ihre Systeme umstellen. „Die bittere Konsequenz wird sein, dass bundesweit viele weitere Betriebe, auch in der Region, aufgeben werden müssen“, so MdB Breilmann. (Bild: privat)

Kinderschutz: IP-Adressen rechtssicher speichern

Der Bundestag hat sich am Mittwoch in einer Debatte mit einem [Antrag der Unionsfraktion](#) mit dem Titel „IP-Adressen rechtssicher speichern und Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen“ befasst. Die Union machte dabei von dem Recht Gebrauch, eine Debatte zu einem Zwischenbericht im Plenum zu verlangen, wenn sich ein Ausschuss zehn Sitzungswochen nach Überweisung einer Vorlage noch nicht damit befasst hat. Die CDU/CSU-Fraktion fordert eine anlasslose, sechsmonatige Speicherung von IP-Adressen „zur Verfolgung der Straftaten des sexuellen Kindesmissbrauchs und der Kinderpornographie“. Von der Bundesregierung wird verlangt, unverzüglich einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen, der den vom EuGH eingeräumten „gesetzgeberischen Spielraum“ zur Speicherung von IP-Adressen umsetzt. CDU-MdB Michael Breilmann: „Bei vielen Straftaten – insbesondere beim sexuellen Missbrauch von Kindern und dessen Verbreitung im Netz – ist die Computer-IP-Adresse der einzige Ermittlungsansatz. Häufig sind die Daten beim Provider aber zum Zeitpunkt der Ermittlungen schon gelöscht. Denn die Provider speichern die IP-Adressen, wenn überhaupt, meist nur wenige Tage. Damit hängt es zurzeit vom Zufall ab, ob insbesondere Sexualstraftäter ermittelt werden und weitere Taten verhindert werden können. Die Untätigkeit der Regierung bedeutet für viele Kinder ein handfestes Sicherheitsrisiko in Deutschland.“

Kommunalwahlen sind keine Wahlen zweiter Klasse

Zu den jüngsten Forderungen der SPD-Innenministerin Faeser nach einem Kommunalwahlrecht für alle hier länger lebenden Ausländer erklärt der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann: „Zu einer starken kommunalen Selbstverwaltung gehören starke Räte mit klarer und eindeutiger Legitimation durch die Wählerinnen und Wähler. Dazu gehört auch, dass das Wahlrecht nicht beliebig aufgeweicht werden darf – Kommunalwahlen sind keine Wahlen zweiter Klasse. Die jetzt erneut vorgetragene Forderung nach einem Kommunalwahlrecht für alle hier länger lebenden Ausländer lässt bei den Protagonisten einer solchen Wahlrechtsänderung Zweifel am ausreichenden Respekt gegenüber den Kommunalräten und der kommunalen Selbstverwaltung erkennen. Stattdessen sollten sich alle Beteiligten stärker für die Integration der hier lebenden Ausländer engagieren, damit ihre Integration in eine deutsche Staatsbürgerschaft und dem damit verbundenen Wahlrecht mündet. Das kommunale Wahlrecht für EU-Bürger taugt nicht als Referenz, denn dieses Wahlrecht basiert auf EU-Recht und beruht auf Gegenseitigkeit.“

Impressum:

Ausgabe Nr. 36 der 20. Wahlperiode

22. September 2023

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/Harald Häßler